

Kommentar von Stephan Rothmund, Vorstand seniorglp:

1.) Zur Notwendigkeit der Reduktion der Staatsschulden:

Wir stehen bezüglich dem Verschuldungsgrad nach wie vor sehr gut dar. Wir haben in den letzten Jahren unsere Schulden deutlich abgebaut. Andere Länder sind da viel grössere Risiken eingegangen. Es macht aus ökonomischer Sicht Sinn, dass ein Staat in einem vernünftigen Ausmass Schulden hat. Ohne Schulden müsste jede Staatsausgabe durch den Steuerzahler finanziert werden. Dies würde unter anderem dazu führen, dass das gesamte Bildungswesen (inkl. Primar- und Sekundarschulen) teurer wird. Zudem brauchen die Sozialversicherungen sichere Anlagen in Form von Staatsobligationen. Ob der Staat wirklich Schulden hat, ist eine offene Frage und meines Wissens nicht genau abgeklärt. Den Schulden steht ja auch Eigentum, z.B. in Form von Liegenschaften, gegenüber.

Wir sollten auch überlegen, wie man die 820 Mrd. Währungsreserven der Nationalbank für die Allgemeinheit nutzbar machen kann. Vorgeschlagen ist die Gründung eines Staatsfonds, in welchen ein Teil der Währungsreserven übertragen würde. Norwegen kann als Beispiel dienen. Dort wird ein Teil der Öleinnahmen in einen Staatsfonds umgeleitet. Von verschiedenen Seiten (KOF, Parteien, Gewerkschaften) wurde eine Zahlung von 20 Mrd. zur Stützung der Arbeitslosenkassen vorgeschlagen. Dies entspricht nicht einmal 2.5% der Währungsreserven und hat keinen Einfluss auf die Anlage- und Geldpolitik. Falls dies nicht passiert, müssen die Lohnbeiträge um 0.3% erhöht werden. Die Kaufkraft in wirtschaftlich schweren Zeiten zu schwächen, entbehrt jeglicher ökonomischen Vernunft.

2.) Zum Abbau staatlicher Leistungen:

Ein Abbau der Leistungen ist nicht sozialverträglich. Aktuelle Lösungen: In der AG Sozialversicherungen der GLP treten wir zum Beispiel für ein höheres Rentenalter(66) und eine Senkung des beitragspflichtigen Mindestverdienstes in der Pensionskasse ein, was deutliche Verbesserungen bringen würde.